Polnische Pressestimmen

Uebersetzungen aus den stets neuesten polnischen Zeitungen aus Kongreßpolen, Posen, Westpreußen u. Oberschlesien auch unter Berücksichtigung der Berliner, Danziger u. westdeutschen polnischen Zeitungen.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis mit Bestellgeld monatlich Mk. 10,00, vierteljährlich Mk. 30,00.

Verlag: „Polnische Pressestimmen". Schriftleitung: Hans Weber.
Druck: Schlesische Volkszeitung, Druckerei und Verlag, G. m. b. H.
Sämtlich in Breslau. Postscheckkonto des Verlags Nr 28 444.

Nr. 26. Breslau, den 4. November 1919. 1. Jahrgang.

Politische Umschau.

Die polnische Frage in der Friedenskonferenz.

(„Robotnik", Warschau, vom 23. Oktober 1919, Nr. 340.)

Im Augenblicke, wo die Arbeiten der Pariser Konferenz ihrem Ende entgegengehen, und der Friedensvertrag mit Deutschland vor der Beantwortung steht, teilten zwei Mitglieder der polnischen Delegation im Auftrage des Staatsoberhauptes die Eindrücke ihres Aufenthalts und ihrer Arbeiten in Paris mehreren versammelten Zuhörern mit. **Das Bild, das sie entworfen haben, hat noch einmal die verzweifelte Ideenarmut der heutigen kapitalistischen Lenker der Welt bewiesen.** Der von ihnen verhüllte Imperialismus leitete eigentlich die Beschlüsse der Konferenz; im Namen der Interessen der Großmächte dirigierte der Kongreß mit Grundsätzen, die er verschieden anwandte, aber immer dort, wo es für ihn am vorteilhaftesten war. Gleicher leitenden Idee beraubt, war der Kongreß schwankend in seinen Beschlüssen, indem er sie von Tag zu Tag unter dem Einflusse verschiedener Gesichtspunkte, vor allem militärischer Natur, die noch so unbedeutend und täuschend waren, wie z. B. die Siege Koltschaks, änderte.

Den kürzesten hat in diesem Schachzuge Polen gezogen; denn es besaß in dieser Konferenz viel und sehr einflußreiche Feinde. Es haben sich gegen sie die englischen, deutschen und sogar spanischen Interessen verbündet. Es hat bei der Konferenz existiert, aber erfolgreich das jüdische **Kapital gekämpft, das Polen** genügende **Klauseln aufzwarf,** indem es Gerüchte über Pogrome verbreitete; sogar **Frankreich, das die am meisten gemeinsamen Interessen mit Polen hatte, brachte ihm nicht genug Unterstützung** entgegen, **denn dies gestatteten nicht die utopischen Milliarden** von **Rußland.** Aus Furcht vor der Anziehungskraft der polnischen Kultur intriguierten gegen Polen **Litauen und Ukraine.** Lediglich die kleinen Staaten, die auf den Trümmern des großen Rußlands entstanden sind, wie Lettland, Estland und die kaukasischen Republiken, sahen und sehen in Polen ihren Verbündeten und ihren Rückhalt.

Das schwerwiegendste Argument, das für Polen sprach, war seine eigene Lebenskraft, die sich in der inneren Organisation und in den Waffentaten äußerte. Aus den Worten der Vortragenden war zu entnehmen, daß, wenn **die polnischen Politiker eigene Gedanken und Mut gezeigt hätten,** sie bei der Wankelmütigkeit der Konferenz **eine ganz andere Stellung und Bedingungen für Polen hätten erlangen können.** Aber man sieht, daß in vielen von ihnen Diplomatenwohnheiten zu tief Wurzel gefaßt haben. (P. P.)

Schwebende Fragen.

Die Bestechlichkeit in Kongreßpolen.

(„Dziennik Berlinski", Berlin, vom 30. Oktober 1919, Nr. 249.)

Dem „Piast" wird aus Radom geschrieben: Ich bin Galizianer und diene **bei der Staatspolizei in Kongreßpolen.** Früher diente ich bei der polnischen Gendarmerie und kenne daher alle Vorschriften. Am 4. d. Mts. hatte ich in Radom auf der Bahnstraße Dienst und habe zwei Frauen **abgefaßt, die auf dem Bahnhof gestohlene Kohle nach Hause trugen.** Die Bahnhofswache belästigte mich, die Frauen doch laufen zu lassen. Ich hielt mich aber an die Vorschriften und brachte **die beiden Frauen** auf die Wache. **Dort kam ich eine Rede zu hören, die von einer gänzlichen Verachtung der angeblichen Funktionäre der Ordnung in Kongreßpolen zeugt.** Dort wurde mir folgendes gesagt: **„Warum verhaften Sie? Die Frauen sind arm und man hätte sie laufen lassen müssen.** Sie werden auch **Bestechungsgelder annehmen, wenn man sie Ihnen anbieten wird,** denn heutzutage mußt jeder nehmen, da er bei **einem Gehalt von 700 Kr. monatlich nicht auskommen kann."** Das wurde mir auf der Wache gesagt.

Wozu ist **dann die Polizei da? — Um Bestechungsgelder zu nehmen?** Man kann auch bei uns mit 700 Kr. monatlich auskommen, allerdings darf man das Geld nicht für unnötige Sachen ausgeben.

Am 2. d. Mts. hat der **Polizeiinspektor aus Kielce den Kommissar des Radomer Kreises und einige Ortsinspektoren wegen Bestechlichkeit verhaftet.** Das geschah dank der Energie des Inspektors aus Kielce, eines Rittmeisters aus Galizien.

Die **Bahnhofswachen in Kongreßpolen lassen für Geld** alles durch.

Dreiviertel der Polizei sind Analphabeten, die nicht schreiben können. Deshalb müssen in jedem **kleinsten Ort Schreiber gehalten werden, für die man unnötig Geld ausgeben muß.**

Ich wende mich an die Volksabgeordneten mit der Bitte, diese **Angelegenheit im Landtage vorzubringen** und einen Antrag zu stellen, sofort ein Gesetz **zu erlassen, das die Bestechlichkeit unter den Beamten mit dem Tode bestraft. Wohin soll das führen, wenn diejenigen, die für Ordnung sorgen sollen, alle bestechlich sind?** (P. P.)

Die Volksabstimmung in Westpreußen und Ermland.

(„Gazeta Gdańska", Danzig, vom 28. Oktober 1919, Nr. 239.)

Der Frage der Volksabstimmung in den polnischen Kreisen Westpreußens und Ermlands

halten wir folgende Bemerkungen:

Ganz Polen, besonders unser Pommern, fragt mit Unruhe, wie sich denn eigentlich **die Abstimmungsfrage in Westpreußen und Ostpreußen verhält.**

Soweit es sich um das Ermeland handelt, mit welcher Benennung wir nicht nur das polnische Ermeland, sondern auch die Kreise Marienburg, Stuhm und Marienwerder in Westpreußen, bezeichnen, wurde in diesem **Gebiete, wie auch in Polen selbst, der Zeitpunkt vergessen, der über die Zugehörigkeit dieser Länder zu Polen entscheiden soll.** Die in erster Reihe dazu herangezogenen Faktoren — die polnischen Volksräte — haben die vorbereitende Arbeit in den bezüglichen Kreisen in die Wege geleitet, im **Reiche selbst hat sich ein Abstimmungskomitee gebildet aus zum größten Teil aus diesen Gebieten** stammenden Leuten. Ueber die Tätigkeit dieses Abstimmungskomitees im Königreich Galizien und dem Herzogtum Posen hat unsere Presse schon s. Z. berichtet, über die großen Versammlungen, Unterhaltungsabende, Konzerte usw., an denen Leute aller Stände teilgenommen haben, hat sie schon viel geschrieben. Dies wie auch die im **ganzen Lande veranstalteten Blumentage, Kollekten in den Kirchen und sonstige zufließende Beiträge** zeugen von dem großen Interesse aller Schichten des Volkes an der Volksabstimmung im Ermeland, das, wenn es für Polen gewonnen, den Korridor, der Polen mit dem Baltischen Meere verbindet, erweitern wird.

Hier in Pommern wird uns oft vorgeworfen, daß von **polnischer Seite gar keine, oder sehr wenig Vorbereitungen für die Volksabstimmung gemacht werden,** dagegen die Deutschen alle ihre Kräfte anstrengen, damit die Abstimmung der Bevölkerung dieser Gebiete zu ihren Gunsten ausfällt.

Wir wollen uns durch die laute deutsche Tätigkeit, welche vor allem ein Beweis für die großen Befürchtungen um den Verlust dieser Länder ist, nicht einschüchtern lassen. Die Deutschen sagen und schreiben ständig davon, daß es selbstverständlich ist, daß die Kreise, die der Volksabstimmung unterliegen, weiter bei Deutschland verbleiben und daß die in diesen Gebieten **vorwiegend** deutsche Bevölkerung nach den preußischen Versicherungen weiterhin beim deutschen Vaterlande zu verbleiben wünscht. Dieses fortwährende Versichern ist ebenso überzeugend, wie das frühere Beschwören der deutschen Presse, angeblich im Namen der Bevölkerung Posens und des polnischen Pommerns, daß sie nie gestatten möge, daß diese Gebiete Polen angegliedert würden. Der Lärm in der deutschen Presse beweist deutlich, daß die Deutschen ihrer Sache gar nicht sicher sind. Darum haben sie auch eine Tätigkeit im großen Maßstabe unternommen, um nach den bekannten hakatistisch-alldeutschen Methoden gegen alles, was polnisch ist, zu hetzen, da sie sich allein von so einer Arbeit günstige Ergebnisse versprechen. Was die Deutschen befürchten, ist, daß diese Länder bald zu Polen zurückkehren werden; ein Land aber, das nur oberflächlich vom Deutschtum angehaucht ist, wird bald polnisch, die Spuren der deutschen „Kultur" werden wie der Schnee unter den Strahlen der Frühlingssonne verschwinden. Die Bevölkerung der Abstimmungsgebiete soll bedenken, daß sie durch ein Verbleiben bei Deutschland das Vergnügen hat, mit die Lasten zu tragen, die durch die Niederlage Deutschlands hervorgerufen wurden und zur Abzahlung der Schulden in einer Höhe von fast 300 Milliarden beizutragen, die auf Deutschland nach deutscher Berechnung fallen. Es soll offenbar ein besonderer Anreiz für die Polen sein, die in den Abstimmungsgebieten wohnen. Uns scheint es, daß eher noch die Deutschen eben aus diesem Grunde bereit sind, **zu überlegen, bevor sie sich unter solchen Umständen für das Verbleiben bei Deutschland erklären werden, da sie den Glauben an Deutschland** verloren haben.

Zur Erlangung der von den Deutschen erwünschten Ergebnisse der Volksabstimmung wird amtlich und nichtamtlich bekanntgemacht, daß sich Leute in Büros melden möchten, da es eine Reihe Leute gibt, die in den Abstimmungsgebieten geboren sind, von dort fortzogen und jetzt im Innern Deutschlands wohnen. Manche unserer Volksräte haben schon **einleitende Schritte zur Durchführung dieser Tätigkeit unternommen. Wir wissen bis heute noch nicht, ob die Vorschriften des Friedensvertrages so zu deuten sind, daß zur Abstimmung berechtigt sind:**

1. Alle Personen beiderlei Geschlechts, die im Abstimmungsgebiete geboren sind und das 20. Lebensjahr vollendet haben.

2. Alle Personen, die seit einer bestimmten Zeit, die die Abstimmungskommission noch festsetzen wird, im Abstimmungsgebiete wohnen.

Unseres Erachtens müßte man **diese Vorschrift so deuten, daß es sich hier nur um dort ansässige Bevölkerung handelt.** Diese Bevölkerung zerfällt in eine solche, die dort geboren ist und eine, die zwar aus anderen Gegenden eingewandert ist, aber schon seit einer gewissen Zeit dort ansässig ist. Zur **Bevölkerung des Abstimmungsgebietes kann man nicht Leute zählen, die freiwillig ausgewandert sind.** Etwas anderes sind Personen, **die unter dem Drucke der preußischen Bedrückung die Heimat verlassen mußten,** um in anderen Gegenden ihren Unterhalt zu suchen. Solche Leute gab es in Ermeland und in den Abstimmungskreisen Westpreußens viele **Tausende, und zwar Polen.** Sie wären gern im Lande geblieben und wenn sie es verlassen haben, so nur deswegen, weil sie keine Verdienstmöglichkeit hatten. Was sie betrifft, so **wird man sich darum bemühen müssen, daß die Ententekommission ihnen das Recht der Teilnahme an der Abstimmung zuerkennt. Maßgebende Stellen werden es nicht versäumen, entsprechende Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen.** Die Rückbeförderung dieser Leute wird unter der Kontrolle eines **Vertrauensmannes der polnischen Bevölkerung der Abstimmungsgebiete stattfinden müssen.** Die dazu berufene Vertretung der **polnischen Bevölkerung** wird dafür sorgen müssen, daß die **Westmächte die Kreisvolksräte in den Abstimmungsgebieten als die polnisch-amtliche Vertretung anerkennen,** deren Delegierten **aber als Vertreter der polnischen Bevölkerung der Abstimmungskommission beigegeben werden müßten.** Ebenso müßte man während der in Berlin stattfindenden Verhandlungen bei der deutschen Regierung das Recht der Entsendung **polnischer Vertreter zu den Regierungen, den Landratsämtern und den Magistratsräten usw.** erwirken. Es ist nicht anzunehmen, daß die Westmächte gestatten werden, daß die polnische Bevölkerung weiterhin durch die nur die Interessen der deutschen Bevölkerung fördernden deutschen Behörden vertreten wird, unter deren Regierung von irgendeiner ungehemmten Aufklärungsarbeit nicht die Rede sein kann. (P. P.)

Polen hat die lettische Regierung versichert, daß sie ihr Hilfe leisten wird.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 31. Oktober 1919, Nr. 55.)

Aus Warschau wird berichtet: Die lettische Delegation mit dem lettischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, Mejrowitsch, an der Spitze wurde im Schlosse vom Ministerpräsidenten Paderewski empfangen. Der Ministerpräsident hat während des Gespräches die Mitglieder der Delegation der lebhaften Sympathie Polens für das lettische Volk versichert und der Delegation mitgeteilt, daß die polnische Regierung bereit sein wird, die Unabhängigkeit des lettischen Nationalrates anzuerkennen und hat dem Minister Mejrowitsch eine Note folgenden Inhalts überreicht:

An den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Mejrowitsch, Lettland. Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die polnische Regierung bereit ist, den lettischen Nationalrat bis zu jenem Augenblick anzuerkennen, in welchem die Friedenskonferenz ein Statut, das dem Willen des lettischen Volkes entspricht, ausarbeiten wird. Die polnische Regierung glaubt fest, daß die gemeinsamen Interessen beider Länder als auch ihre gegenseitigen Sympathien in der nächsten Zukunft zwischen Lettland und Polen die Banden der Freundschaft und der Verständigung festigen werden. Aus diesem Grunde würde sich die polnische Regierung glücklich fühlen, in Warschau einen Vertreter Lettlands begrüßen zu können, indem sie gleichzeitig versichert, daß die lettische Regierung die polnische Mission wohlwollend empfangen will, die unter Führung des Herrn Voufalla sich nach Riga begeben hat, um Beziehungen mit der lettischen Regierung anzuknüpfen. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meines außerordentlichen Wohlwollens.

gez. Paderewski.

(P. P.)

Das Revolutionsfieber in Polen.

(„Kurjer Częstochowski", Czenstochau, v. 29. Oktober 1919, Nr. 199.)

Der junge Organismus der Republik wurde in diesen Tagen von einem **Revolutionsfieber gequält. Dieses Fieber hieß der Agrarstreik.**

Der Streik trug keinen wirtschaftlichen Charakter, sondern den Anstiftern dieses Streikes ging es um einen politischen Umsturz.

Der Agrarstreik sollte eigentlich nur ein Vorspiel und der Beginn eines allgemeinen **Streikes sein, der wiederum zur Aushungerung der Soldaten an der Front beitragen und auf diese Weise eine Demoralisation und Zerstörung in der Armee verursachen sollte.**

Der Sturz der jetzigen Regierung und der Staatsordnung, und das Ansichreißen der Regierungsgewalt durch irgendwelche hausbackene Räte würde dann nur eine Kleinigkeit sein.

Nicht umsonst wurde der Agrarstreik auf den zweiten Jahrestag des bolschewistischen Umsturzes in Rußland angekündigt. Dieser Jahrestag sollte durch den Triumph der bolschewistischen Idee in dem jungen, ungenügend organisierten und Rußland am nächsten liegenden Staate gefeiert werden.

Der Agrarstreik ist dank der energischen Haltung der Regierung nicht gelungen.

Es ist nicht einmal gelungen, den allgemeinen Streik zu proklamieren, da diese Idee auf den Widerstand des gesunden Instinktes der Arbeitermassen stieß.

Das Revolutionsfieber ist diesmal schnell vorübergegangen.

Das **bedeutet aber nicht, daß das schon das letzte Fieber** war, **nach welchem eine Periode der blühenden Gesundheit eintreten wird.**

Täuschen wir uns nicht.

Der fünfjährige Krieg hat den Organismus Polens mit verschiedenen Infektionen verseucht. Ein in der Geschichte unerhörter Blutverlust verursacht eine erhöhte fieberhafte Temperatur der gesellschaftlichen Organismen.

Diese Krankheit heißt der Bolschewismus.

Bei den schwächeren und weniger widerstandsfähigen Organismen, wie der russische, geht das Fieber in Fieberhitze über.

Heut gesundet er zusehends.

Der Bolschewismus ist vor allem eine Krankheit der Staaten und Völker, die den Krieg verloren haben.

Zu dem Fieber infolge des Blutverlustes gesellt sich noch eine starke Nervenerschütterung, eine Erbitterung infolge der Enttäuschung und die Entwickelung des Traumes von einer Macht.

Aber auch die Völker, die aus dem Kriege siegreich hervorgegangen sind, sind nicht ganz frei von dem bolschewistischen Fieber.

Das Revolutionsfieber erschüttert auch Frankreich, England und Italien.

Polen gehört zu den Siegern dieses Krieges.

Aus einem politischen Nichts, aus der Sklaverei und Zerrissenheit entstanden, nimmt es **schon heut eine bedeutende Stellung ein und hat direkt glänzende Aussichten für die Zukunft.**

Aber auch Polen ist **nicht frei von der bolschewistischen Infektion.**

Die 150jährige Knechtschaft und die Politik der russischen Regierung, die unsere Kulturstufe zur russischen nivelliert hat, haben das ihrige getan. Im **polnischen Volke mangelt es nicht an Elementen von russischem, kulturell geistigem Typus.**

Diese Elemente sind in erster Linie geneigt, der bolschewistischen Seuche zu unterliegen.

Zahlreich und mächtig sind auch die Faktoren, die daran arbeiten, daß das polnische Volk nach der 1½ Jahrhunderte langen Knechtschaft und nach einem fünfjährigen Blutvergießen an allen Kriegsfronten nicht mehr gesundet.

Die Juden sehen in Polen einen Konkurrenten ihrer Herrschaft in Mittel- und Osteuropa.

Die Deutschen können den Verlust ihrer Provinzen nicht verschmerzen, die sie seit langem zu den „urdeutschen Ländern" registriert haben.

Endlich sind es russische reaktionäre Elemente, die ihre „warmen Stellen" in Kongreßpolen und Litauen nicht verschmerzen können.

Zu ihnen gesellen sich noch die Tschechen, die mit Zähneknirschen sehen, wie ihre größenwahnsinnigen Machtträume mit jedem Tage mehr zunichte werden.

Alle diese Elemente würden Polen gern in einem Abgrunde der Anarchie sehen und arbeiten im Einverständnis, um unseren Organismus mit dem Bolschewismus zu vergiften und dann die Kranken und Fiebernden in einen Abgrund zu stürzen.

Deshalb täuschen wir uns nicht, daß das Revolutionsfieber, das unseren Staatsorganismus **erschüttert hat, schon das letzte ist.**

Wir müssen unermüdlich an der Erfindung eines Serums arbeiten, welches die Bazillen des bolschewistischen Fiebers in unserem Volksorganismus tötet.

Die Regierung darf auf den Lorbeeren der Wachsamkeit und Energie, die sie während des letzten Agrarstreiks bewiesen hat, nicht ruhen.

Der Feind ist zäh und hinterlistig.

Unzweifelhaft wird er jede Schwierigkeit in unserer inneren Lage, jedes Mißgeschick in unserer inneren Politik ausnützen, um den mißlungenen Versuch nochmals zu wiederholen.

Der Termin der Volksabstimmung in Teschener-Schlesien, Oberschlesien, Ermeland und Masurenland naht. Die Deutschen und Tschechen werden jede Unruhe in Polen ausnützen, um uns in den Augen jener zu kompromitieren, die sich für uns erklären wollen.

Anton Sadzewicz.
(P. P.)

Die polnische Verfassung.

(„Postęp", Posen, vom 26. Oktober 1919, Nr. 248.)

Es sind schon dreiviertel Jahre vergangen, unser Landtag hat aber bisher noch keine Verfassung angenommen. Von allen Seiten werden Kritiken laut, daß der Landtag sich mit verschiedenen Fragen befaßt, an die wichtigste Sache jedoch, zu der er einberufen worden ist, nicht denkt. Die **Kritik der Gesellschaft über die Unfähigkeit des Landtags ist berechtigt, denn die Grundlage für das Bestehen eines Staates ist eine gute Verfassung.** Wenn wir uns jedoch die Tätigkeit des Landtags während der ganzen Zeit anschauen, so müssen wir uns sagen, daß es vielleicht gut ist, daß es bis jetzt noch nicht zu einer Annahme einer Verfassung gekommen ist. Wer weiß, was da für eine **Verfassung geschaffen worden wäre bei diesem radikalen Experimentieren, das den jungen Staat frühzeitig ins Verderben stoßen könnte.** Sogar die Linken, außer den Sozialisten, erwägen heute die Folgen der bisherigen radikalen Methode, nach der die Agrarreform durchgeführt wurde.

Ich bin dieser Meinung, daß es gegenwärtig an der Zeit ist, die Verfassungsfrage einer Diskussion zu unterwerfen, denn jetzt wird man kaltblütiger und ruhiger darüber sprechen können, als vor einem Jahre.

Vor allem muß die Frage gelöst werden, ob die Vertretung des Volkes aus einer oder aus zwei Kammern bestehen soll. Der Herr Minister des Innern hat mit Recht in seiner Landtagsrede jegliches unradikale Experimentieren getadelt. Aber ist sein Versprechen, die Regierung werde das Einkammersystem schützen, noch ein gefährliches „Experiment"? In den am meisten demokratischen Ländern des Westens haben wir überall das Zweikammersystem und wir wollen einen unbekannten Weg einschlagen? Wir sind Zeugen, wie **Angelegenheiten von erstklassiger Bedeutung, die das ganze Staatsgebäude erschüttern können, manchmal mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen werden,** manchmal hängt es vom Zufall ab, wie diese oder jene Angelegenheit, die den **Staat und das Volk bedrückt, ausfallen wird.**

So darf es nicht sein, und so kann es nicht sein. Sogar in kleinen gesellschaftlichen Organisationen gibt es Paragraphen, die eine allzu leichtsinnige Durchführung wichtiger Beschlüsse erschweren, da eine Zweidrittel- oder Dreiviertel-Mehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich ist; desto mehr müßte auch dies im Landtage geschehen, wo die Schicksale des Staates und des Volkes entschieden werden. In einer Gesellschaft, in der Uebereilung, Ungeduld, Dilletantismus und Launenhaftigkeit eine große Rolle spielen, ist eine Bremse unentbehrlich; als welche wir das „empörende" Zweikammersystem ansehen, das meines Erachtens nicht durch den von den Rechten vorgeschlagenen „Schutz der Gesetze" ersetzt werden kann.

Nur auf diese Weise kann unsere Verfassung eine dauernde sein und nicht gleich nach ihrer Annahme Gegenstand neuer Kämpfe werden. Diese zweite Kammer müßte natürlich auch aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, damit sie sich des Vertrauens der breiten Massen erfreue.

Leider ist sogar der gemäßigte Teil des Landtages, der nationalvölkische Verband, von diesem grundsätzlichen Boden zurückgetreten.

Ich bin der Meinung, daß es Zeit ist, den Grundsatz des Zweikammersystems zu unterstützen, vor allem müßte ihn der nationalvölkische Verband kennen lernen. Wem sollte es mehr daran gelegen sein, daß in unserem Lande Ruhe und Ordnung herrschte, daß Ackerbau und Industrie sich normal entwickeln könnten, daß in unserem Lande das **Glück** der Bürger herrschte, als **den Mitgliedern und Anhängern unserer Partei!**

Wir wollen also mutig sein, und die Vorwürfe der Rückschrittler nicht fürchten, sondern dreist den Grundsatz des Zweikammersystems **für die Vertreter unseres Volkes** aufstellen.
(P. P.)

Polnischer Landtag.

Der erschütterte Landtagsblock.

(„Kurjer Nowy", Warschau, vom 20. Oktober 1919, Nr. 66.)

Das Jagen nach einer Landtagsmehrheit führt manchmal auf Seitenwege. Man vergißt vollständig, daß es nicht genügt, eine mechanische Mehrheit zu bilden, sondern daß man dahin wirken muß, daß diese Mehrheit imstande ist, aus sich heraus ein zum Regieren fähiges Kabinett zu schaffen. Solch eine Mehrheit kann eine Vereinigung der Anhänger der Volkspartei mit denen der nationalen Arbeiterpartei und der christlichen demokratischen Partei nicht bilden. Denn die Bildung einer Mehrheit bei der Ausschließung der Nationaldemokraten einerseits und der Sozialisten andererseits, bedeutet in der Praxis erstens die Ausschließung der Intelligenz, zweitens das Fernhalten solcher Elemente von der Regierung, die schon festumrissene Ansichten auf allen Gebieten des politischen und sozialen Lebens besitzen. Wer auch nur die geistigen Fähigkeiten unserer Volkspartei, wenn auch im geringsten Maße, kennt, der wird zugeben, daß man aus der Mitte dieser Parteien kein Kabinett bilden kann, das einer selbst nachsichtigsten Kritik standhalten könnte. Es ist deshalb kein Wunder, daß gleich nach der Ankündigung dieses Blocks die Gewißheit entstand, **daß in Wirklichkeit die Konservativen regieren werden und daß das Kabinett mit Bilinski ebenfalls Bobcinski heranziehen wird.**

Wenn es in Wirklichkeit so sein wird — einen anderen Ausweg **gibt es aber nicht, so kann man zu einem vollständigen Abjurium gelangen.** Die Konservativen sind die Vertreter eines großen Landbesitzes und eines großen Kapitals. Es würde sich daraus ergeben, daß die Volksparteiler, um den Bauern Land sicher zu stellen, und die Anhänger der Nationalen Arbeiterpartei, um den Arbeitern irgendwelche sozialen Reformen zuzusichern, sich mit ihren ärgsten Feinden vereinigen würden. Darum ist es auch erstaunlich, wie solch eine Kombination bei logischem Denken möglich ist, und wenn es nicht andere Beweise für die politische Unreife der Schöpfer solch eines Blocks gäbe, so würde ihre Unternehmung selbst vollständig genügen.

Die einleitenden Schritte, die dieser formell noch nicht konsolidierte Block unternommen hat, **zeugen von seiner Albernheit.** Zuerst war es die Frage des Agrarstreiks. Der geriebene national-demokratische Abgeordnete Gladinski hat es verstanden, daß sich eine gute Gelegenheit bietet, die Volksparteiler zu **kompromittieren und stellte den Antrag, gegen die streikenden Landarbeiter polizeiliche Maßnahmen anzuwenden.** Ein vernünftiger Mensch würde sich gleich gedacht haben, daß dieser Streik entweder keinen Erfolg haben wird, oder daß politische Maßnahmen, sollte er sich doch entwickeln, ihn nicht brechen würden. Aber die naiven Volksparteiler haben sich nicht geweigert, ihr wirkliches reaktionäres Gesicht zu entlarven.

Jetzt triumphieren **einerseits die Sozialisten, die dem Landproletariat gezeigt haben, daß sie allein über seine Interessen wachen, indem sie es nicht nur gegen die Großgrundbesitzer, sondern auch gegen die reichen Bauern verteidigen, andererseits triumphieren die Großgrundbesitzer, für die der angenehmste Profit ein Zwiespalt im Dorfe ist.**

Eine zweite Niederlage hat der Block in den Kommissionsberatungen über die **Waffenstillstandsfrage** mit den **Bolschewisten** erlitten. Die Sozialisten stimmten sofort für den Waffenstillstand, die Anhänger der Tugutti und die Piastenpartei für die Untersuchung der Frage, indessen haben die Anhänger der Nationalen **Arbeiterpartei und der christlichen Partei von vornherein eine Erwägung der Frage** zusammen mit den Nationaldemokraten und den übrigen **Konservativen** abgelehnt.

Auf diese Weise stellte es sich deutlich heraus, daß weder in der inneren noch in der äußeren Politik die „bloquierten" Parteien Hand in Hand gehen können. Es muß noch hierzu bemerkt werden, daß es zwei unergründete Fragen vom Standpunkte der Parteiunterschiede gab, jedoch genügte es, die zwei Angelegenheiten hervorzuheben, um den Block zu zerstören, um so mehr wird es ebenso mit Fragen sein, die mehr Gelegenheit zur Divergenz bieten. Wie wird sich die Regierung mit solch einer uneinigen Rat wissen können? Da die bloquierten Parteien eigene Kreise für das Kabinett nicht stellen können, so werden sie sich entweder **den Konservativen unterwerfen müssen,** oder auch eine **Regierung aus Elementen bilden müssen, die anderen Richtungen angehören.** Angesichts der nicht gelungenen ersten Probe ist es zweifelhaft, ob diese oder jene **Art einer Regierung sich lange wird halten können.** Man mußte aber dessen eingedenk sein, daß wir jetzt **ausnahmsweise schwere Zeiten durchleben, wo sogar Regierungen,** die sich auf reife Mehrheiten stützen, oft das Gemüt im Kampfe mit **überwältigenden Hindernissen brechen. Das Leiten des Staates mit Hilfe von Elementen, die selbst nicht zu regieren verstehen und andere keine logischen und ausführbaren Direktiven geben können, ist eine ganz unlösbare Aufgabe.**
(P. P.)

Interesselosigkeit des polnischen Landtages der Mission Paderewskis gegenüber.

(„Przegląd Wieczorny", Warschau, vom 24. Oktober 1919, Nr. 243.)

Es ist schon eine Woche vergangen, seitdem Herr Ministerpräsident Paderewski aus dem Westen zurückgekehrt ist. Eine Woche ist schon vergangen, seitdem er einen Bericht über die Ergebnisse seiner Reise dem Ministerrate erstattete. Es ist schon eine Woche vergangen und der Landtag hat noch mit keinem Wörtchen seine Neugierde verraten, was für politische Ergebnisse der **Herr Ministerpräsident aus dem Westen mitgebracht hat. Solch eine Neugierde wäre doch ganz berechtigt.** Denn Herr Ignacy Paderewski fuhr nach dem Auslande nicht als Privatmann, sondern als Chef der polnischen Regierung in Angelegenheiten, die den polnischen Staat, das polnische Volk betreffen. In jedem Staate wäre also der Chef der Regierung bereits verpflichtet gewesen, dem Parlament Rechenschaft über seine Reise abzulegen. Desto mehr müßte er es tun im polnischen Staate, dessen Landtag mit Rücksicht auf die ungeklärten staatsrechtlichen Verhältnisse wenigstens theoretisch eine bedeutendere Stellung einnimmt als in anderen Staaten.

Der Landtag hätte den Herrn Ministerpräsidenten gleich daran erinnern müssen, vor ihn hinzutreten und Bericht darüber zu erstatten, was ihm zu erlangen gelungen ist und was noch zu erreichen übrig bleibt. Solche Neugierde fehlt und dies stellt dem politischen Instinkt des Landtages, der Parteien und der **Abgeordneten ein schlechtes Zeugnis** aus. Dies ist noch ein Beweis mehr dafür, daß die österreichische Krankheit **noch im Organismus des Landtages steckt.** Ganz wie im seligen Parlament des seligen Oesterreichs. Sich für Angelegenheiten der auswärtigen Politik zu interessieren — nein, **daran denkt der Landtag nicht,** denn das selige Parlament des seligen Oesterreichs dachte auch nicht daran. Es wurde ja von jeglicher wirklichen auswärtigen Politik ferngehalten durch die Höfräte, die auswärtige Politik als ihre ausschließliche Domäne betrachtet

Der Landtag müßte es doch wissen, daß er keine Maschine Herstellung von Gesetzen ist. Im polnischen Landtage müßte das ganze Leben des Volkes konzentrieren, **vor allem politische.** Der Verlauf des Krieges hat allen Völkern gelehrt, das polnische Volk nicht ausgenommen, obgleich wir damals kein eigenes Parlament hatten, daß es den Staaten und Völkern schlecht geht, wenn die Diplomatie in ihrem Kabinettsgeheimnis auf eigene Faust handelt und sich der Kontrolle des Parlaments entzieht und in der auswärtigen Politik nach ihrem eigenen Gutdünken handelt.

Der polnische Landtag, der sich für die auswärtige Politik nicht interessiert, **setzt seine eigene Stellung herab.** Gleichzeitig aber schadet er der Sache der Gesellschaft sehr. Er macht **Bürokratie frech, vor allem aber die polnische Diplomatie, immer mehr und immer deutlicher Neigung** zur Führung einer geheimen Kabinettspolitik an den Tag legt.

Diesem Mangel muß endlich ein Ende gemacht werden.
(P. P.)

Oberschlesische Angelegenheiten.

Polnische Kommunalwahlhetze.

(„Nowiny", Oppeln, vom 29 Oktober 1919, Nr. 252.)

In die Reihen!

Die Wahlen stehen vor der Tür. Der für **jeden ehrlichen polen wichtige Augenblick naht.** Wir wählen diesmal nicht Leute, die auf großer politischer Arena kluge Reden führen sollen, sondern wir wollen Leute wählen, die in der Gemeinde im Dorfe regieren sollen. Wer uns bisher regiert hat, darüber braucht man sich wohl nicht mehr breit auszulassen. In unseren polnischen Gegenden haben **einige Deutsche regiert. Das müssen wir ändern und zwar gründlich ändern, wenn wir uns nicht vor der ganzen Welt blamieren wollen,** besonders nach dem Aufstand **unserer tapferen,** wenn auch unglücklichen Bauern. Sie waren bereit, für das Polentum ihr Blut zu vergießen, wir brauchen unser Polentum nur durch die Abgabe der Wahlkarten zu bewerten. Wir müssen den „Staatsmännern" eine Lehre geben, damit sie endlich einsehen, wie falsch ihre Meinung ist, daß Oberschlesien urdeutsch ist. Es braucht niemand etwas zu befürchten, denn die Wahlen sind geheim. Wir können dreist unsere Stimmen den polnischen Kandidaten abgeben. Aber wir müssen auch **tüchtige Polen wählen, die sich nicht ins Mauseloch verkriechen, wenn es sich darum handeln wird, unsere gerechte Sache zu verteidigen.** Wird ein Sozialist oder ein Zentrumsmann, die heut schmeicheln, oder diejenigen, die das größte Glück darin sehen, wenn Oberschlesien einen Oberpräsidenten erhalten wird und dann weiter für das Deutschtum arbeiten werden, — werden die seine Sache verteidigen? Sie werden uns garnicht verstehen, sie kennen unsere Angelegenheit nicht oder wollen sie nicht kennen, und wie sollten sie da unsere Sache verteidigen? Mögen sich niemand betören lassen. Die Zentrumsleute kennen wir von früher und die Sozialisten kennen wir seit der deutschen Revolution. Jeder hat nur sein Interesse im Auge und möchte aus Oberschlesien ein Himmelreich für sich machen. Daß der Sozialismus die Welt nicht erlösen wird, dafür haben wir genug Beispiele. Sogar in Deutschland hat die Begeisterung für die rote Standarte nachgelassen, sie sehnen sich schon wieder nach Wilhelm. Sollen die Polen in Oberschlesien so dumm sein und diejenigen retten, die in dem ruhigen, gottesfürchtigen Schlesien Gewalttaten verübt haben? Es ist Zeit, daß wir das sozialistische Unkraut sammeln, zusammenbinden und in das Feuer werfen, damit wir endlich frei aufatmen können. Und wenn die Entente kommen wird, **so wird sie sich von dem Polentum unseres Landes überzeugen.** Deshalb an die Arbeit: Den ganzen **Unrat sammeln und verbrennen, damit nichts das polnische Schlesien verunreinigt.**

Einen großen Schaden haben uns auch diejenigen verursacht, die sich an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung beteiligt haben. Die Bauern, die Arbeiter, hauptsächlich aber die Frauen müßten endlich einsehen, wohin sie die Politik der Zentrumsleute und Sozialisten führt.

Und diejenigen Mädchen, die sich mit deutschen Soldaten herumgetrieben haben, müßten jetzt dafür Buße tun, daß sie den Namen einer ehrlichen Polin beschmutzt haben und ihre Karten für die polnischen Kandidaten abgeben.

Heut ist keine Zeit, hinter dem Ofen zu sitzen und gleichgültig dem Kampfe um das Sein oder Nichtsein zuzusehen.

Heut ist keine Zeit, sich auf andere zu verlassen und die Früchte anderer zu sammeln.

Heut ist keine Zeit, zu weinen und zu wehklagen, daß die Zeiten immer schlimmer werden.

Es ist die Zeit gekommen, den Glauben unserer Väter, die Sprache und Gewohnheiten unserer Vorfahren zu beschützen und das Land unserer Väter von fremden Eroberern zu befreien. Zum Wahlkampf im Namen Gottes und unserer heiligen Schutzbefohlenen!

Pfarrer K.
(P. P.)

Die Gemeindewahlen in Oberschlesien.

(„Dziennik Śląski", Königshütte, vom 30. Oktober 1919, Nr 247.)

Wegen des Protestes der Polen in Schlesien hat der Oberste Rat der Entente den Deutschen mitgeteilt, daß die Gemeindewahlen vor dem **Eintreffen der Ententekommission in Oberschlesien nicht stattfinden können.**

Sollte also die Kommission vor **dem 9. November bei uns** nicht eintreffen, so werden **die Wahlen nicht stattfinden** können.
(P. P.)

Die polnischen Sozialisten über die Volksabstimmung in Oberschlesien.

(„Przegląd Wieczorny", Warschau, vom 27. Oktober 1919, Nr. 245.)

Dieses Blatt behauptet, daß die **reaktionäre Politik der polnischen besitzenden Klassen eine drohende Gefahr für die Ergebnisse der Volksabstimmung bildet.** „Wir müssen in den schlesischen Arbeitern die tiefe Ueberzeugung wecken, daß eben die Angliederung Schlesiens an Polen für den **Triumph der Arbeiterklasse notwendig ist,** daß das vereinigte polnische arbeitende Volk diese Reaktion brechen wird, die auch vom nationalen **Standpunkte aus betrachtet ein Unglück für Polen ist."**
(P. P.)

Handelspolitische Nachrichten.

Polens Handelsbeziehungen zu Oesterreich.

(„Robotnik", Warschau, vom 23. Oktober 1919, Nr. 316.)

Die Handelsbeziehungen zu Oesterreich werden wieder aufgenommen. Polen liefert Oesterreich außer der Kohle noch: 420 Waggons Gasolin, 215 Waggons Benzin, 482 Waggons Petroleum, 26 Waggons Kleie und 38 Waggons Parapyn, 172 Waggons Kapptuchsalz, 24 211 Kisten (à 1440 Stück) Eier, 2014 Pferde zum Schlachten, 32 300 Stück Gänse und 25 Waggons Roggmehl.

Die Ausfuhr von Gasolin, Benzin, Petroleum u. a. Produkte, die aus dem Erdöl gewonnen werden, ist vollkommen vernünftig. Anders aber verhält es sich mit den anderen Produkten.

Während ein Ei in Warschau 80 Pfg. kostet, werden nach Oesterreich fast 35 **Millionen Eier ausgeführt.** Während das Fleisch mit **jedem Tage teurer wird, werden nach dem Auslande** 2½ Tausend Pferde zum Schlachten und über 32 000 Gänse ausgeführt. Leder wird mit Gold aufgewogen, und **statt die** Gerbereien **wieder in Betrieb zu setzen, wird das Leder ausgeführt.** Es ist interessant, wer einen solchen Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen hat, ist es eins der Blätter im Lorbeerkranz des Herrn Hacia, oder ist es die feierliche Tat des Herrn Szczeniowski gewesen? In diesem Falle ist auch festzustellen, welche Rolle das Verpflegungsministerium dabei spielte. Hat es etwas von dieser Transaktion gewußt, oder hat es, statt für die **Verpflegung zu sorgen, zur Aushungerung des Landes Hand angelegt, oder hat man den Vertrag ohne sein Wissen abgeschlossen?**

Für die von Polen schon gelieferten Waren und die noch zu liefernden (weitere Transporte sind schon unterwegs) wurden von Wien 50 mit Waren beladene Züge nach Polen abgesandt. Vielleicht wird das **Ministerium für Handel und Industrie mitteilen, was das für Waren sind. Sind sie so unentbehrlich,** daß wir sie für den **Preis unserer auch so schon knappen Lebensmittel** und für das Tragen zerrissener Stiefel anschaffen müssen?

Wir möchten noch eine Bemerkung an die Adresse des Ministeriums des Herrn **Szczeniowski machen. Wir bemerken, daß es viel besser wäre, wenn das Ministerium, statt mit den Arbeitern Krieg zu führen, das Land über die Transaktionen informierte, damit man sich darüber nicht von der ausländischen Presse zu unterrichten lassen brauchte.**

Vielleicht sind aber **die Transaktionen derart, daß es vorzuziehen ist, darüber zu schweigen.** (P. P.)

Die polnische Anleihe in Amerika.

(„Kurjer Warszawski", Warschau, vom 28. Oktober 1919, Nr. 298.)

Der Herr Finanzminister Bilinski veranstaltete heute für die Vertreter der Presse eine Versammlung, in der er die **Hauptgrundsätze** unserer Anleihe in den Vereinigten Staaten von Nordamerika erläuterte.

Wie bekannt, haben unsere Landsleute in den Vereinigten Staaten sehr bedeutende Kapitalien in amerikanischen Kriegsanleihen angelegt. Diese Kapitalien belaufen sich auf fast 1 Milliarde Dollar. Dank der Bemühungen unseres Finanzministeriums, der Vermittlung des Herrn O'laughlim und der Finanzierung der Transaktion durch die „National City Bank" in Newyork mit Hilfe der „The peoples industrial Strading corpor. of U. S." ist gegenwärtig der Austausch dieser amerikanischen Anleihen ermöglicht worden, die hauptsächlich die Gestalt von 3½ prozentigen Schatz-Bons haben, auf 6 prozentige Anleihen des polnischen Staates, die in amerikanischer Währung auf amerikanischen Märkten in Umlauf gesetzt wurden, mit einer Abzahlungsfrist binnen 20 Jahren. Offenbar werden an dieser Anleihe, die auf 250 Millionen Dollar lautet, auch andere Subskribenten außer unseren Emigranten teilnehmen können. Das **Finanzieren dieser Anleihe wird fast ein Jahr in Anspruch nehmen.** Es muß hierzu bemerkt werden, daß der polnische **Staat zur Erlangung dieser Anleihe nicht gezwungen war, irgendwelche Zugeständnisse von seinen Souveränitätsrechten zu machen, auch keine Konzessionen oder Bürgschaften zu leisten.** Angesichts dessen muß anerkannt werden, daß die Anleihe unter günstigen Bedingungen gemacht sein wird, was der Tüchtigkeit des Finanzministers Dr. Bilinski zuzuschreiben ist.

Ein bedeutender Teil dieser amerikanischen Anleihe wird zur Abzahlung der früher gemachten beschwerlichen Anleihen verwandt werden. Der Rest wird eine Reserve unserer Devisen auf dem amerikanischen Markte bilden für die Bedürfnisse der Industrie, zum **Einkauf von Rohstoffen.**

(P. P.)

Kurze Nachrichten.

Billiges Brot in Schlesien.

(„Kurjer Częstochowski", Czenstochau, v. 25. Oktober 1919, Nr. 193.)

Die Preise für Brot sind in den oberschlesischen Städten im Vergleich zu den unsrigen sehr niedrig. So kostet ein vierpfündiges Brot **gegen Karten 1,20 Mk. Kartenfreies Brot 1,60 Mk.** Manche Müller verkaufen sogar das **Pfund Mehl zu 30 Pfg.** Gemüse und Kartoffeln sind auch **bedeutend billiger als bei uns,** so daß die Einwohner **an der Grenze sich diese Lebensmittel aus Preußen** holen. Nur Fleisch und Fett sind dort teurer und werden wie früher nach Oberschlesien geschmuggelt. (P. P.)

In Czenstochau sieht es schlecht aus.

(„Kurjer Częstochowski", Czenstochau, v. 25. Oktober 1919, Nr. 196.)

In diesen Tagen fand in Warschau eine Zusammenkunft der Arbeitsinspektoren statt, die die Regierung mit der Lage im Lande bekannt machten. Laut den Berichten im „Monitor" hat sich die Lage in Lodz seit der Inbetriebsetzung nur eines Teils der Industrie bedeutend gebessert, **dagegen ist die Lage in Czenstochau schlimm, weil die Arbeit in den Fabriken auch weiter eingestellt bleibt. Der Kohlenmangel ist einer der hauptsächlichsten Gründe der ungünstigen Lage.** Die Bauarbeiten wurden auch eingestellt trotz des allgemeinen Wohnungsmangels. (P. P.)

Der Stadtrat droht.

(„Kurjer Częstochowski", Czenstochau, v. 25. Oktober 1919, Nr. 196.)

Der Rat der Stadt Czenstochau hat in Anbetracht der verzweifelten Verpflegungslage der Stadt folgende Resolution angenommen:

„Die Stadt Czenstochau, die **weder aus den Getreidemagazinen in Sosnowice, noch aus dem Kreis Czenstochau** Getreide oder Mehl erhält, **geht einem verzweifelten Hunger entgegen. Alle Bemühungen, Mehl, Kartoffeln und Kohle für die Stadt zu erhalten, waren bisher erfolglos.** Daher hat der Stadtrat beschlossen, sich an die diesbezüglichen Ministerien um sofortige Bewilligung der zuständigen Menge Mehl, Kartoffeln und Kohle zu wenden. **Im Falle des Nichterhaltens dieser Artikel bis zum 31. Oktober d. Js., tritt der ganze Stadtrat zurück,** indem **er die diesbezüglichen Ministerien für die Folgen** verantwortlich **macht.**

Dieser Beschluß wurde dem Landtagsmarschall, dem Ministerpräsidenten, dem Minister für innere Angelegenheiten, dem Verpflegungsminister, dem Eisenbahnminister und dem Abgeordneten des Czenstochauer Bezirkes telegraphisch mitgeteilt. Gleichzeitig wurde eine Delegation, bestehend aus fünf Stadträten, in dieser Angelegenheit nach Warschau gesandt. Zur Delegation gehören: die Stadträte Bugajski, Tomczyk, Lochowski, Wolniak und Stüler. (P. P.)

Die galizische Frage steht wieder schlechter.

(„Dziennik Śląski", Königshütte, vom 30. Oktober, Nr. 247.)

Der „Kurjer Poranny" hat die Nachricht erhalten, daß die Angelegenheit Ostgaliziens in Paris wieder **einen für Polen ungünstigen Kurs angenommen hat.** (P. P.)

Polnische Lügen.

(„Kurjer Częstochowski", Czenstochau, v. 29. Oktober 1919, Nr. 199.)

Neue Angriffe der Deutschen an der Grenze.

Trotz des Versprechens, daß deutsche Flieger das Kohlenbecken nicht mehr beunruhigen werden, zeigen sich über unserem Revier täglich deutsche Flugzeuge.

Die Gewaltaten der preußischen Henker hören in Oberschlesien auch keinen Augenblick auf. Die Banditen vom Grenzschutz schlagen die Frauen mit Kolben und weiden sich an ihren Qualen.

Jede Nacht wird auf unsere Posten geschossen. Unsere Soldaten erwiedern die Schüsse, so daß die ganze Nacht über ein Knallen und Getöse zu hören ist, da wahrscheinlich auch Handgranaten ihre Verwendung finden.

Die Deutschen verstärken dauernd ihre Truppen in Oberschlesien unter dem Anschein der Verstärkung der „Sicherheitswehr". Nach Rybnik ist ein ganzes Bataillon mit 15 Beamten gekommen, für welche der Magistrat Wohnungen sucht und in den Bekanntmachungen sie ganz offen Offiziere nennt. (P. P.)

Traurige Eisenbahnverhältnisse.

(„Kurjer Częstochowski", Czenstochau, v. 29. Oktober 1919, Nr. 199.)

Sogar 13 Tage . . .

Als eine Illustration **unserer Zustände auf den Bahnen** kann folgende Tatsache dienen. Die Handelsabteilung der landwirtschaftlichen Gesellschaft in Kielce hat in Jendrzejow drei Waggons Kartoffeln gekauft. Der Transport von Jendrzejow (ein Städtchen unweit Kielce) bis Kielce **dauerte 13 Tage** (!) Die Folge eines so langen Transportes war, daß **ein Teil der Kartoffeln verfault ist** und die Gesellschaft **einen großen Verlust erlitten hat.** (P. P.)

Das Defizit im polnischen Staatsbudget.

(„Przegląd Wieczorny", Warschau, v. 27. Oktober 1919, Nr. 245.)

Finanzminister Bilinski sieht voraus, daß im neunmonatlichen Zeitabschnitt nach Einstellung des Krieges die Ausgaben (ohne das Kriegsbudget) 4 Milliarden 150 Millionen Mark, die Einnahmen aber nur 1 Milliarde, 74 Millionen betragen werden.

Das Defizit beläuft sich also auf über 3 Milliarden Mark. (P. P.)

Zwei neue polnische Bistümer in Galizien.

(„Dziennik Śląski", Königshütte, vom 31. Oktober 1919, Nr. 249.)

Während des Aufenthalts des Erzbischofs Bilczewski in Kolomeja fand eine Konferenz der römisch-katholischen Geistlichkeit in Angelegenheit kirchlicher Fragen in den Ostgebieten statt.

Es wurde beschlossen, **zwei neue römisch-katholische Bistümer in Ostgallizien, das eine in Kolomeja,** das andere in Tarnopol oder an einem anderen Orte zu gründen. (P. P.)